

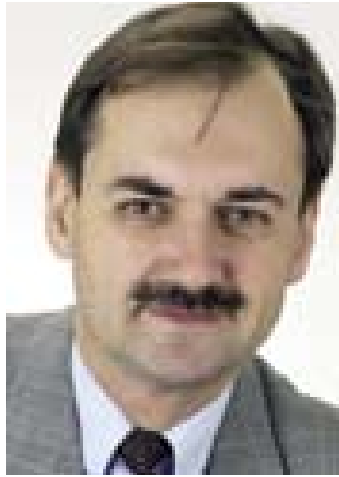
JETZT AMTLICH: RECHTSVERSTÖSSE BEI VISA-AFFÄRE

Mit Sicherheit CDU-Kompetenz wählen

Die europäische Kommission hat jetzt noch einmal klargestellt: Die Praxis der rot-grünen Bundesregierung bei der Visa-Vergabe verstieß gegen europäisches Recht.

„Auf Weisung besonders von Bundesaußenminister Fischer unterliefen deutsche Botschaften systematisch den so genannten Schengen-Standard für die Einreisevoraussetzungen. Die Folge: Nicht nur Deutschland, sondern auch andere EU-Staaten – vor allem Frankreich und Portugal – wurde mit Schwarzarbeitern und zur Prostitution gezwungenen Frauen aus der Ukraine, Russland, Albanien und Algerien über-

schwemmt. Und Bundesinnenminister Otto Schily schaut tatenlos zu“, sagt der Koordinator der Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU und Bundestagsabgeordnete



Roland Gewalt, MdB

Roland Gewalt. Im Kompetenzteam der Kanzlerkandidatin Angela Merkel steht der bayrische Innenminister Günther Beckstein für das Thema Innere Sicherheit. „Mit Günther Beckstein bekäme Deutschland einen erstklassigen und durchgreifenden Bundesinnenminister“, sagt der CDU-Direktkandidat aus Friedrichshain-Kreuzberg, Kurt Wansner. Auf seine Einladung hin war Beckstein in Kreuzberg zum Gespräch mit Anwohnern und vielen türkisch-stämmigen CDU-Mitgliedern gekommen. Wansner: „Die begleitenden Krawalle dieses Besuchs, die von der Polizei hervorragend gehandhabt wurde,

sind erschreckend. Das völlig kaputte Demokratieverständnis der Randalierer, die auch aus den Reihen der SPD und Grünen kamen, entlarvt sich von allein. Insbesondere wenn sie Günter Beckstein zugehört hätten, der zurecht Bildung als das

wichtigste Integrationsinstrument bezeichnet hat.“ Aber Wansner befürchtet selbst, dass „kaum einer der Krawallmacher die ablehnende Position der Union zur doppelten Staatsbürgerschaft und zum EU-Beitritt der Türkei teilt“.



Günther Beckstein und Kurt Wansner in Kreuzberg.

CDU WÄHLEN PER BRIEFWAHL

Ganz geschickt für den Wechsel

Deutschland steht vor schwierigen Herausforderungen. 5 Millionen ohne Arbeit und jeden Tag 1 000 Arbeitsplätze weniger, 1 Million Kinder in der Sozialhilfe, alle 15 Minuten eine Firmenpleite, 6 Millionen Euro neue Schulden jede Stunde: Das ist die Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün. Die CDU will Deutschlands Chancen besser nutzen. Dazu braucht die CDU Ihre beiden Stimmen. Mit der Erststimme wird der CDU-Direktkandidat im Wahlkreis gewählt. Mit der Zweitstimme die CDU stark im Deutschen Bundestag gestärkt und

der nötige Wechsel in Deutschland gewählt. Briefwahl ist ganz einfach:

abgedruckt. Dieser wird vollständig ausgefüllt, in einen Umschlag gesteckt

gesendet. Der Antrag auf Briefwahl kann auch formlos und mit einer kurzen formalisierten Begründung (Reise, Krankheit, anderer wichtiger Grund) per Brief, Fax oder Email gestellt werden.

Die Briefwahlunterlagen werden spätestens ab dem 29. August 2005 zusammen mit einem Merkblatt per Post nach Hause geschickt.

Die Briefwahl „geht“ auch „zu Fuß“: Einfach mit dem Personalausweis zum Bezirkswahlamt

gehen und direkt dort in der Wahlkabine wählen, genau wie am Wahltag. Das spart den langwierigen Postweg. Wichtig ist bei der Briefwahl: Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass die Berechtigung dazu vorliegt. Das gilt auch für die Abholung der Wahlunterlagen vom Wahlamt oder aus dem Wahllokal bei kurzfristigen Erkrankungen.



Auf der Wahlbenachrichtigung ist der Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines

und mit 0,55 Euro-Cent frankiert oder per Fax an das Wahlamt im Bezirk

Wahlkampf-Etat: SPD gibt Rot-Grün verloren

„Die SPD-Kampagne zündet nicht beim Wähler“, so der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Volker Kauder. Das zeigen die hektischen Planungen der SPD, den Wahlkampfetat deutlich aufzustocken.

Jüngste Meldungen über den SPD-Wahlkampf zeigten, dass selbst die SPD-Führung nicht mehr mit einem Wahlsieg rechne. Ein Er-

gebnis von 35 Prozent habe das SPD-Präsidium bei der Erhöhung des Wahlkampfetats zugrunde gelegt. Kauder: „Das reicht hinten und vorne nicht, um Rot-Grün fortzusetzen. Nach dem Eingeständnis Schröders, Rot-Grün passe nicht zur gesellschaftlichen Situation und den Gedankenspielerien führender SPD-Politiker über ein Bündnis mit der PDS, gibt die SPD die Regie-

rungskoalition damit endgültig verloren. Dass trotzdem der Wahlkampfetat um zehn Prozent erhöht werde, diene ausschließlich dazu, die eigenen Leute ruhig zu stellen. Die würden zunehmend nervöser, so Kauder, denn die SPD-Wahlkampfagne zündet offensichtlich nicht beim Wähler. Helfen wird das nicht. Denn mit Geld allein kann man ein schlechtes Produkt nicht vermarkten.



Tel.: 030 - 29 33 94 -0 • Fax: 030 - 29 33 94 -11

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern nicht gesondert ausgewiesen:

Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 -0 • Fax: 030 - 20 64 16 -66

CHEFREDAKTEUR
Dirk Reitze

REDAKTION
Stefan Sukale

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Druckerei Vettors, Radeburg

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.